

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 88 (2008)
Heft: 965

Artikel: Als ob die Geschichte zu Ende wäre
Autor: Klaus, Václav
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-168114>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 29.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Hat die EU-Osterweiterung frischen Wind in die Union gebracht? Nicht wirklich. Alles bleibt beim alten. Anonymität und Konformismus nehmen weiter zu.

(6) Als ob die Geschichte zu Ende wäre

Václav Klaus

Die gegenwärtige Diskussion zu Europa beunruhigt und befremdet mich. Es scheint einen allgemeinen Konsens zu geben, dass die meisten fundamentalen Fragen unserer Zeit irgendwann in der Vergangenheit gelöst wurden und die Geschichte zu Ende sei.

Zu meinem grossen Bedauern haben die neuen EU-Mitglieder aus Zentral-, Ost- und Südeuropa nichts zur Diskussion beizutragen; denn allesamt sind sie in der Zeit zwischen dem Kollaps des Kommunismus und ihrem Beitritt schon vom selben Virus infiziert worden. Länder aus peripheren Regionen könnten zwar frischen Wind entfachen, doch würde dies als Bedrohung empfunden und einen künftigen Beitritt in Frage stellen.

Die unlängst vollzogene Erweiterung wird eine andere Entwicklung begünstigen. Weil alles grösser und komplizierter sein wird, zeigen sich auch die der heutigen EU inhärenten Schwächen deutlicher:

- sowohl das Demokratiedefizit als auch das Fehlen demokratischer Legitimation der EU-Institutionen wird sich klarer abzeichnen als bisher;
- der Entscheidungsprozess wird noch stärker vom demokratischen zum hierarchischen Typus tendieren;
- die Macht der Kern-EU wird verstärkt;
- das Mehrheitsprinzip wird das Einstimmigkeitsprinzip in immer mehr Bereichen verdrängen;
- das Bestreben, von der Norm abweichendes Verhalten auszuschalten, wird zu immer mehr Interventionen der zentralen Instanzen führen;
- die Distanz der Bürger vom Machtzentrum in Brüssel wird grösser werden;
- die Anonymität des Entscheidungsverfahrens wird zunehmen.

All dies ist angesichts des von den Integrationisten vorangetriebenen Projekts einer immer engeren Union unvermeidlich. Der in einer grösseren Union unweigerlich höhere Preis der Entscheidungsfindung wird sich entweder in einem Verlust an Effizienz oder in einem zusätzlichen Defizit an demokratischer Legitimation niederschlagen. Beides ist ein schlechtes Zeichen.

Eine EU-Verfassung (oder allenfalls ein EU-Verfassungsvertrag) wird beide Arten von Kosten noch mehr erhöhen. Die aktuelle Fassung hat einschneidende Konsequenzen, sowohl für die Freiheit und das Wohlbefinden der Bürger als Individuen als auch für die Zukunft der Nationalstaaten. Die neue Verfassung trägt nichts dazu bei, die tatsächlichen Probleme Europas zu lösen – im Gegenteil, sie verdrängt sie. Ich lasse es dahingestellt, ob dies durch einen Mangel an Einsicht oder durch absichtliche raffinierte Planung erfolgt sei.

Die inkohärente Struktur des Dokuments lässt sich einerseits als Zeichen dafür deuten, dass wir wirklich am Ende der Ideologien stehen und der Pragmatismus und der Glaube an die administrative und technologische Machbarkeit gesiegt hat. Aber sie lässt sich auch als Zeichen für das Vorherrschen einer tatsächlich interessensfreien, altruistischen Kooperation und der echten Möglichkeit deuten, «Win-win-Situationen» zu schaffen (ein Begriff, der alle terminologischen Erfindungen von George Orwell in den Schatten stellt).

Unsere Aufgabe ist freilich eine andere. Wir sollten nicht nach der Europäisierung unserer Denksätze streben; wir sollten vielmehr dafür kämpfen, dass man uns unsere fundamentalen bürgerlichen, politischen und ökonomischen Freiheiten gewährt. Wir brauchen einen internationalen Rahmen, der dies ermöglicht. Wir brauchen offene Märkte, wir brauchen Staaten, die Rechtsstaatlichkeit und Vertragsfreiheit garantieren. Die Alternative dazu ist eine zentral administrierte Gesellschaft jenseits des Nationalstaats und jenseits der Demokratie.

Wir brauchen ein neues Europa ohne Europäismus, ein Europa, das ökonomische Freiheit gewährt, ein Europa mit einer schlanken, nicht expandierenden Regierung, ohne staatliche Bevormundung, ohne pseudomoralisierende politische Korrektheit, ohne intellektuellen Snobismus und Elitismus und ohne supranationale Ambitionen.

aus dem Englischen von Robert Nef

VÁCLAV KLAUS, geboren 1941, ist Ökonom und seit 2003 Staatspräsident von Tschechien. Die Originalversion dieses Beitrags und weitere Texte zur EU finden sich unter www.brugesgroup.com.